

Rede
von Oberbürgermeister Klaus Wehling
anlässlich der
„Haushaltseinbringung 2010“
Montag, den 23. November 2009, 15:00 Uhr
Ratssaal
Schwartzstraße 72, 46042 Oberhausen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

**Haushaltseinbringung, das klingt nach Routine,
nach Pflichtübung,
nach Wiederholung des immer Gleichen
„nur“ mit sich wandelnden Zahlen.**

**Es sind gerade die sich verändernden Zahlen, die die Aufstellung des
städtischen Haushaltes ebenso spannend wie schwierig machen.**

**Die Details wird im Anschluss unser Kämmerer Bernhard Elsemann genauer
erläutern.**

Wir stehen in der tiefsten Krise der kommunalen Finanzen seit 80 Jahren.

Die Pläne waren gut.

Die Prognosen waren gut.

**Dann kam die weltweite Wirtschaftskrise,
die Vieles negativ veränderte.**

Dennoch haben sich im letzten Jahr trotz leerer Kassen manche Dinge sichtbar positiv verändert.

Da ist zum einen die zeitgemäße Veränderung der Sportlandschaft.

Für Fußball, Leichtathletik und Schwimmen werden die Verhältnisse besser.

Am 4. Dezember wird der AQUApark an der Marina fertig gestellt sein.

Damit ist uns in Oberhausen in jeder Hinsicht ein Musterbad gelungen.

Wie um das traditionelle Thema „Bergbau“ ein so hochmodernes und energieeffizientes Bad entstanden ist, das ist höchst beeindruckend.

Es ist ein sichtbarer Baustein der Daseins Für- und Vorsorge für die schwimmbegeisterten Oberhausenerinnen und Oberhausener jeden Alters.

Es ist aber auch eine außerordentliche Aufwertung des Freizeitstandortes Oberhausen.

Nicht nur durch dieses neue Bad ist unser Oberhausen für die nächsten Jahre und

Jahrzehnte wieder ein Stück liebens- und lebenswerter geworden.

Die Sportbeispiele sind sichtbare Muster dafür, wie wir uns, trotz leerer Kassen, die positive Gestaltung unserer städtischen Oberhausener Zukunft vorstellen.

Nicht nur im Sport, auch in anderen Bereichen ringen wir mit Erfolg um die besten Lösungen.

Weil Bildung so überragend wichtig ist,

und Bildung Zukunft schafft und sichert,

deshalb arbeiten wir hart auch auf diesem Gebiet, suchen dort nach optimalen Lösungen.

In der letzten Woche fand im Heinrich-Heine-Gymnasium die 1. Oberhausener Bildungskonferenz statt.

Wir werden überall sparen, aber nicht an der Zukunft unserer Kinder.

Auch bei der Stadtentwicklung kommen wir Schritt für Schritt weiter.

Im Rahmen des Projekts Emscher-Erlebnis–Oberhausen wird die neue Brücke über den Kanal gebaut.

Noch etwas ist in diesem Jahr anders.

Anfang dieses Monats hat sich der neue Rat konstituiert.

Für die 22 neuen Ratsmitglieder ist es der erste städtische Haushalt, über den sie mitdebattieren,

den sie mit entscheiden.

Das wird für die Neuen kein langsamer Start, da geht es gleich in die Vollen.

Der Haushalt 2010 steht wie der des letzten Jahres unter dem Diktat des Haushaltssicherungskonzeptes.

2009 haben wir in Oberhausen eine Haushaltsverfügung von der Bezirksregierung bekommen – mit noch weitreichenderen Folgen als in den Jahren zuvor.

Wir müssen jeden Euro für Investitionen einzeln prüfen lassen.

Wir müssen jede Einstellung, jede Versetzung mit Beförderung kontrollieren lassen.

Extern einstellen dürfen wir gar nicht mehr.

Wir dürfen auch keine Eigenanteile für dringende Vorhaben und Maßnahmen mehr über Kredite finanzieren.

Wir sollen sparen zu Lasten künftiger Generationen.

**Das ist an sich schon schlimm,
aber die Folgen sind weitreichender,
denn sie führen dazu,
dass unser Oberhausen zusätzlich, aber unnötig an Substanz beim städtischen Vermögen verliert.**

Das wurde bewusst in Kauf genommen.

Damit sind wir auf kaltem Wege von fast allen nationalen und europäischen Fördertöpfen abgeschnitten.

Das, und nicht nur das, verstößt massiv gegen das Gleichbehandlungsprinzip.

Oberhausen wird ungleich und ungerecht behandelt!

Dabei arbeiten sowohl die Bezirksregierung als kommunale Aufsichtsbehörde, aber in letzter Konsequenz auch die Landesregierung Hand in Hand zum Nachteil nicht nur unserer Stadt.

In zahlreichen Gesprächen in Düsseldorf haben der Kämmerer und ich immer wieder auf die unhaltbaren Zustände hingewiesen und eigene Lösungsvorschläge gemacht.

Nur damit hier keine Missverständnisse aufkommen:

**Wir müssen sparen,
wir wollen sparen,
wir haben massiv gespart
und wir werden weiter sparen!**

Wir werden die Felder in der Verwaltung, die noch nicht überprüft sind, auf mögliche Einsparpotentiale untersuchen.

Wir müssen und wir wollen in Zukunft außerdem effektiver arbeiten.

Wir werden in den kommenden Jahren in der Verwaltung noch aufgaben- und ergebnisorientierter arbeiten als bisher.

Weil wir in Oberhausen aber nie den Kopf in den Sand stecken, sondern immer kämpfen und malochen, deshalb haben wir eine Vorreiterrolle übernommen.

Auch andere Städte werden sehr schnell in eine gravierende finanzielle Schieflage geraten, sehr viele sind es schon.

Am 18. Dezember 2008 haben sich auf meine Einladung fast 50 Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte in der Luise-Albertz-Halle getroffen.

Alle kämpfen mit den gleichen finanziellen Problemen.

Betroffen ist nicht nur das Ruhrgebiet.

Nach und nach trifft es auch kleinere und kleine Städte in ländlichen Regionen.

Es ist ein Flächenbrand.

Aus Anlass der Unterzeichnung des „Oberhausener Memorandums“ habe ich damals gesagt:

Zitat:

„Es steht außer Frage, dass wir unsere eigenen Sparbemühungen erhöhen wollen und werden.

Auch über die Schmerzgrenze hinaus.

**Aber alle Fachleute sind sich einig:
Es geht nicht ohne Hilfe von außen.“**

Diese Hilfe von außen bleibt die Bedingung für eine positive Veränderung der kommunalen Finanzen.

Einer der bedeutungsvollen Gründe, warum unsere Kassen leer sind, heißt:

Konnexitätsprinzip oder genauer: dessen permanente Missachtung.

Dieses Konnexitätsprinzip besagt verständlich ausgedrückt:

Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch.

Dieser Grundsatz steht im Artikel 104a des Grundgesetzes.

Das Konnexitätsprinzip ist auch eine wichtige Säule der ebenfalls im Grundgesetz garantierten kommunalen Selbstverwaltung aus Artikel 28 Grundgesetz.

Nach dem Konnexitätsprinzip muss der auftragende Gesetzgeber Bund und Land als Verursacher für den finanziellen Ausgleich der von ihm aufgetragenen Aufgaben sorgen.

Genau das ist aber nicht der Fall.

**Oben wird angeordnet,
unten muss ausgeführt werden,
ohne den entsprechenden finanziellen Ausgleich.**

**Das so fehlende Geld rührt an die ebenfalls im Grundgesetz garantierte
kommunale Selbstverwaltung.**

**Wir haben uns im Bereich der Gewerbesteuer in den letzten Jahren über dem
Durchschnitt entwickelt, aber trotzdem reicht das Geld nicht.**

Ich habe schon häufiger darauf hingewiesen, aber die Tatsachen bleiben.

Wir brauchen:

- 1. Hilfen bei der Darstellung kommunaler Eigenanteile bei
Förderprogrammen**
- 2. Hilfen von Bund und Land zur Lösung der „Altschulden“-Problematik**
- 3. Korrekturen beim Fonds Deutsche Einheit**
- 4. Hilfen zur Schaffung vergleichbarer Lebensbedingungen**

Darüber hinaus ist

- die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs in Münster zu den
„Solidarzahlen der NRW-Kommunen umzusetzen**
- und in der Konsequenz ist das Urteil auch für die Jahre nach 2006
anzuwenden**

dazu kommt,

- **den kommunale Finanzausgleich in NRW so zu gestalten, dass er besondere strukturelle und soziale Lasten besser berücksichtigt**

und

- **eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen zu gewährleisten und das Konnexitätsprinzip auf allen staatlichen Ebenen einzuhalten**

Neben der besseren Finanzausstattung fordern wir von Bund und Land

das uns zustehende Geld.

Wir fordern keine Almosen,

Wir fordern die Mittel, die wir zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben ausgeben müssen.

Wir fordern eine grundlegende Änderung der Gemeindefinanzierung.

Das ist das Gebot der Stunde.

Weder Bund noch Land haben das Recht, ihre Haushalte auf Kosten der Kommunen auszugleichen oder zu sanieren.

Bei fast allen Förderprogrammen sind wir außen vor,

weil wir aufgrund unserer Haushaltslage die Eigenanteile nicht darstellen dürfen – ich habe es schon einmal gesagt.

Auch beim Personal sind die Einschränkungen der Kommunalaufsicht massiv.

Wir dürfen keinen städtischen Verwaltungsnachwuchs mehr ausbilden.

Da tickt schon jetzt eine personelle Zeitbombe.

Gegen diese Entscheidung haben wir Klage eingereicht.

Wir dürfen niemanden von unseren gut ausgebildeten jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehr übernehmen.

Neben der persönlichen Dimension für jeden Einzelnen hat das auch weitreichende Auswirkungen auf die Personalentwicklung der Verwaltung.

Schon heute sind 75 Stellen nicht besetzt.

Dadurch besteht die Gefahr, dass Aufgaben nicht mehr so sach-, fach- und zeitgerecht ausgeführt werden können.

Zu Lasten der beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber insbesondere zu Lasten aller Oberhausenerinnen und Oberhausener. Das ist eine Katastrophe und der völlig falsche Weg.

Wie wird es weitergehen?

Wir werden auch 2010 zwei schwergewichtige Aufgaben zu stemmen haben.

Zum einen werden wir zusammen mit den Memorandumsstädten auf allen Ebenen für eine gerechte Finanzausstattung kämpfen.

Zum anderem werden wir entschlossen an die Zukunft der sozialen Stadt Oberhausen weiter arbeiten:

- **wir werden die Voraussetzungen schaffen, für eine bessere Bildung für alle,**
- **wir werden die Stadtentwicklung in all ihren Facetten auch mit dem Blick auf den demografischen Wandel voran treiben,**
- **wir werden Oberhausen für die Zukunft fit machen**

Glück auf!